



Christine Lambrecht
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, PLH 7.745, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73 286

Fax: (030) 227 – 70 286

 christine.lambrecht@bundestag.de

 www.christine-lambrecht.de

Presseinformation

Christine Lambrecht stimmt gegen den weiteren Kampfeinsatz von deutschen Soldaten in Afghanistan

Berlin/Viernheim, 15. November 2007 – Die Bergsträßer Bundestagsabgeordnete **Christine Lambrecht (SPD)** hat bei der Abstimmung im Bundestag gegen eine Verlängerung des Mandates Operation „Enduring Freedom“ (OEF) gestimmt. Im Rahmen von OEF sollen deutsche Soldaten mit militärischen Mitteln den Kampf gegen Terroristen unterstützt. „Ich bin der Überzeugung, dass diese Operation dieses Ziel nicht erreichen wird und halte den Einsatz auch nicht für verfassungsgemäß und völkerrechtlich vertretbar“, so **Christine Lambrecht**.

Das OEF Mandat wurde nach den Terroranschlägen auf die USA am 11. September 2001 ins Leben gerufen und bereits mehrmals verlängert. Die Operation war als Sonderaktion zur Bekämpfung des Terrors gedacht. Er wurde mit einem „ständigen Angriff“ auf den NATO-Partner USA durch die Anschläge des 11. Septembers und dessen Selbstverteidigungsrecht begründet. Der zunehmende Abstand zum Jahr 2001 macht es aber immer schwieriger von einem „ständigen Angriff“ zu sprechen. Der UN Sicherheitsrat geht zwar von einem fortwährenden Recht zur Selbstverteidigung aus was aber den ursprünglichen Zielen des Mandates widerspricht.

Nach der Auffassung Lambrechts entspricht es nicht der Verfassung, wenn der Bundestag das Mandat auf Grundlage eines Selbstverteidigungsrechts der USA nach 6 Jahren weiterhin verlängert. „Man versucht jetzt durch eine Veränderung der Argumentation die Verlängerung des Mandats zu rechtfertigen“, so Lambrecht. „Die Einsätze der deutschen Soldaten werden mittlerweile mit dem Ziel der ‚Ausrottung des internati-



Christine Lambrecht
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, PLH 7.745, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73 286

Fax: (030) 227 – 70 286

 christine.lambrecht@bundestag.de

 www.christine-lambrecht.de

Presseinformation

onalen Terrors' begründet. Das halte ich nicht für verfassungsgemäß und auch mit dem Völkerrecht für unvereinbar“.

„Eine sog. ‚Intervention auf Einladung‘ hat meinem Verständnis nach nichts mit den Zielen aus dem Jahr 2001 gemein“, so Christine Lambrecht. „Mit einer solchen Begründung könnten die deutschen Einheiten von allen Ländern, zu jeder Zeit ‚eingeladen‘ werden, denn alle Länder haben sicherlich das Recht auf Selbstverteidigung“.

In einer Erklärung, die Lambrecht gemeinsam mit anderen SPD-Abgeordneten zu der Abstimmung abgegeben hat, heißt es: „Die widrigen Umstände in Afghanistan erschweren die Arbeit der deutschen Soldaten und gefährden deren Leben. Durch die Ausweitung auf ein Einsatzgebiet, das mittlerweile acht mal größer ist als Deutschland, ist nicht mehr nachvollziehbar, an welchen Stellen deutsche Soldaten unter welchen Bedingungen im Einsatz sind. Die Menschenrechte müssen auch im Kampf gegen den Terror gewahrt werden und es dürfen weiterhin keine unschuldigen Zivilisten getötet werden. Es ist weitaus wichtiger, humanitäre Hilfe zu leisten“.

In der Erklärung wird auch darauf verwiesen, dass Japan und Italien bereits eine Verlängerung des Mandats abgelehnt haben und ihre Streitkräfte zurückziehen werden. Es ist zu erkennen, dass das OEF Mandat nicht nachhaltig und nicht zielführend ist. Das Ziel aus dem Jahr 2001, Menschenrechte, Demokratie und Wohlstand in Afghanistan zu verankern, konnte bis heute nicht erreicht werden.

„Eine Ablehnung der Mandatsverlängerung bedeutet nicht, dass das Ziel nicht mehr erreicht werden soll, ganz im Gegenteil“, so Christine Lambrecht. „Es müssen andere Wege gefunden werden, das Ziel zu erreichen, ohne militärische Eingriffe und ohne Spezialkommandos der deutschen Bundeswehr“.